

## Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 33a „Unterbringung von Flüchtlingen“ (Drucks.-Nr. 23/144)

Wir tragen Verantwortung für die Schutzsuchenden, die in Haltern am See ankommen und schon bald zu unserer Stadtgesellschaft dazugehören. Dieser Verantwortung stellen wir uns heute im Rat alle gemeinsam, indem wir darüber entscheiden, ob die Geflüchteten in einer Zentralen Unterbringungseinrichtung des Landes NRW oder in vier noch zu errichtenden städtischen Unterkünften untergebracht und versorgt werden sollen.

Uns Grünen ist diese Entscheidung sehr schwer gefallen. Uns ist bewusst, dass beide Varianten keine optimale Unterbringung darstellen. Es ist schlicht und ergreifend nicht realistisch, die Vielzahl der ankommenden Menschen kleinteilig und dezentral unterzubringen. Wir wünschen uns eine solche Kleinteiligkeit sehr, aber leider wird dies bei realistischer Betrachtung der aktuellen Situation ein Wunsch bleiben. Deshalb stehen wir zu der Verantwortung die Entscheidung zwischen einer max. 400 Personen umfassenden ZUE (zentrale Unterbringungseinrichtung) oder insgesamt vier städtischen Einrichtungen á 120 Personen heute zu treffen.

Auf das Für und Wider beider Entscheidungsalternativen wurde in der Vorlage ausführlich eingegangen. Deshalb möchte ich bei meinen weiteren Ausführungen nun den Blick auf folgende Aspekte lenken:

Wir tragen die Errichtung einer Landeseinrichtung **nur** unter den im Beschlussentwurf formulierten **Rahmenbedingungen** mit. Für uns ist es entscheidend, dass Ehrenamtlichen unbürokratisch Zugang in die Einrichtung gewährt wird, dass qualitative Beratungsangebote bestehen und dass ein Einrichtungsbeirat geschaffen wird, der aus Vertreter:innen der Verwaltung, aus Mitgliedern des Rates und der Halterner Zivilgesellschaft besteht. Auch für die Halterner Bürger:innen ist eine gute Versorgung der ankommenden Menschen wichtig, denn konflikthafte Situationen belasten auch die Stadtgesellschaft insgesamt. Wir hoffen, dass mit den formulierten Rahmenbedingungen die Menschen in der Halterner Landeseinrichtung besser untergebracht sein werden, als in den ZUEn andern Ortes. Genau diese Bedingungen sind für uns von fundamentaler Bedeutung und müssen gegenüber der Bezirksregierung **verbindlich** geregelt werden. Da diese Aspekte von der Verwaltung im Beschlussentwurf aufgegriffen wurden, werden wir dem Beschlussentwurf zustimmen.

Gestatten Sie mir noch ein Wort an die Bezirksregierung, auch wenn sie heute nicht hier anwesend ist: Aufgrund der Erfahrungen mit der Bezirksregierung im Kontext der Notunterkunft Seestadhalle, aber insbesondere auch durch Erfahrungsberichte von Menschen, die in Kontakt mit Bewohner:innen der ZUEn in anderen Städten stehen, sieht meine Fraktion das Verhalten der Bezirksregierung sehr kritisch. Eins ist klar, wir vertrauen der Bezirksregierung an dieser Stelle nicht. Deshalb werden wir im weiteren Prozess sehr genau auf die von der Bezirksregierung einzuhaltenden Rahmenbedingungen achten.